

Deutschland 2016: Der wahre Zustand

10.01.2016 | [Manfred Gburek](#)

Die Ereignisse überrollen uns. Anlass genug, auf mögliche Konsequenzen hinzuweisen, auf politische, mediale und finanzielle Konsequenzen. Wiegen Sie sich nicht in der trügerischen Sicherheit, schadlos davonkommen zu können. Denn inzwischen sind über Deutschland mehrfach Wellen geschwappt, die auch Sie treffen können.

Köln ist überall. Das heißt: Den verheerenden Satz "Wir schaffen das" von Angela Merkel hat der Mob aus dem Ausland zum Anlass genommen, auf der Kölner Domplatte, in Hamburg, Stuttgart und anderswo Verbrechen zu begehen. Bundes- und Landespolitiker haben versagt, das Polizei-Management ebenfalls. Die Redaktionen der meisten gängigen Medien unter Führung von ARD und ZDF sind nach Silvester in einen mehrtägigen Tiefschlaf versunken, die sogenannten sozialen Medien haben ihnen die Schau gestohlen.

Dann gibt es ja noch die gewaltige Implosion chinesischer Aktien mit Konsequenzen, von denen mittelbar Anleger weltweit betroffen sind. Und weil die Konjunktur überall zu wünschen übrig lässt, bleibt es bei der gigantischen Geldschwemme vonseiten der Notenbanken. Kein Wunder, dass da der Goldpreis seiner Rolle als Schutzmechanismus mehr als gerecht wird.

Die nächsten Landtagswahlen, gleich drei an der Zahl, finden am 13. März statt. Die intern längst noch nicht gefestigte AfD braucht diesen Termin eigentlich nur auf sich zukommen zu lassen, um als Protestpartei genug Stimmen einzusacken. Im Politiker-Deutsch wird es danach heißen: Die Mitte der Wähler sei nach rechts gerückt. Die gängigen Medien werden über angeblich fehlgeleitete Wähler schimpfen und ihnen wie schon so oft in den vergangenen Jahren mangelnde politische Reife unterstellen. Das Blabla in Talkshows dürfte dann noch schlimmer ausfallen als eine Woche nach der Nacht von Köln.

Die Mitte der Wähler, das ist eine breite Schicht: das Bürgertum im weiteren Sinn, von der Musterfamilie mit gut verdienendem Oberhaupt über den Handwerksmeister und Kleinunternehmer bis zur Niedriglohn-Verkäuferin, die sich aus verständlichen Gründen darüber aufregt, dass Flüchtlinge vom Staat reichlich Geld erhalten, während sie selbst gerade so finanziell über die Runden kommt. Man braucht nur Straßen-, S- oder U-Bahn zu fahren, um dem Volk aufs Maul zu schauen und anschließend zum Ergebnis zu kommen, dass die Unzufriedenen in dieser Republik ein großes Wählerpotenzial bilden. Aber welche Politiker fahren schon mit solchen Bahnlinien? Lieber S-Klasse (oder BMW oder Audi) statt S-Bahn, lautet ihre Devise.

Die Integration der vielen Flüchtlinge ist eine Herausforderung, der unser Rechtsstaat in der aktuellen Konstellation nicht gewachsen ist. Es reicht eben nicht, mit dem Gesäusel von der Willkommenskultur, mit bestellten Juhlern einschließlich ihren "Refugees welcome"-Schildern und mit flotten Sprüchen wie "Wir schaffen das" so zu tun, als könnten herumlungernde und um sich schlagende Jugendliche aus einer völlig anderen Welt - Mainstream-Medien bevorzugen die Floskel: aus einer anderen Kultur - in Deutschland mal eben Wurzeln schlagen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Besatzungsmächte uns in den 40er Jahren ein föderales System aufgezwungen haben. Das rächt sich nun, indem Politiker von Bund, Ländern und Kommunen endlose Diskussionen über die Verteilung von Flüchtlingen führen.

Das Schlimme daran: Der Kompetenzstreit setzt sich auf europäischer Ebene fort. Und wie! Das uneinige Europa streitet abwechselnd über die Verteilung von Flüchtlingen und finanziellen Lasten, über das Schengener Abkommen - oder treffender: über dessen Restposten - und über Grenzkontrollen bis hin zu Grenzzäunen, die angeblich niemand haben will, aber insgeheim liebäugeln fast alle mit ihnen.

Scheinbar ganz nebenbei, in Wahrheit jedoch als Hauptstreitpunkt des Palavers, geht es um Geld, um ganz viel Geld. Und weil es keinen europäischen Finanzminister, geschweige denn Staatschef gibt, ist EZB-Präsident Mario Draghi in dieses Vakuum eingedrungen. Ein Zurück ist aussichtslos. Das bedeutet: Da die EZB beliebig viel Geld aus dem Nichts schöpfen kann, lassen es die schwachen Euroländer locker angehen. Nach dem Motto: Wenn das klamme Griechenland sich weiter verschulden darf, ohne zur Räson gebracht zu werden, müsste das doch auch Frankreich, Italien und weiteren hoch verschuldeten Euroländern gelingen. Zumal die extrem niedrigen Zinsen dazu einladen, noch eine Schippe Schulden draufzulegen.

Der Kolumnist Thomas Mayer hat den Zusammenhang am 21. Dezember in seiner ihm eigenen Sprache treffend auf den Punkt gebracht: "Die Nullzinspolitik führt zu Fehlallokation von Kapital und Arbeit, verringert

das Produktivitätswachstum und führt die Wirtschaft in die Stagnation, die dann die Nullzinspolitik legitimiert. Fällt die Wirtschaft in die nächste Rezession, steht das Kreditgeldsystem praktisch vor seinem Ende."

Zwei Tage später ergänzte Bundesbank-Präsident Jens Weidmann Mayers Gedanken wie folgt: "Der Aufschwung ist zu schwach, um die Arbeitslosigkeit im Euroraum durchgreifend zu senken. In zahlreichen Ländern ist sie immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Zum Ende dieses Jahres sind im Euroraum fast sechs Millionen mehr Menschen ohne Arbeit als vor der Finanz- und Schuldenkrise. Und auch im achten Jahr nach Beginn der Krise liegt die Wirtschaftsleistung in nicht wenigen Ländern des Euroraums weiterhin unter dem Vorkrisenniveau."

Wie kommt's? Es gibt viele Erklärungen, doch eine ragt besonders hervor: Die extrem lockere Geldpolitik der EZB, nach Ausbruch der Krise im Jahr 2008 zunächst eine probate Methode zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft, hat - ebenso wie die Geldpolitik der amerikanischen Notenbank Fed - besonders dazu gedient, das marode Bankensystem vor dem Kollaps zu retten. Dann blieb eben weniger Geld zur Finanzierung produktiver Investitionen übrig. Besonders eklatant zeigte sich dies am Fall Griechenland. Und eines ist gewiss: Falls die nächste sogenannte systemrelevante bzw. systemische Bank zu kollabieren droht, wird es wieder zu umfangreichen Rettungsmaßnahmen kommen.

Dann dürfte die Weltwirtschaft allerdings nicht mehr so wenig beschädigt davonkommen wie nach der vergangenen Krise. Denn ob die Notenbank des Euroraums, Englands, der USA, Japans oder Chinas, sie alle wie auch die meisten übrigen Notenbanken haben die Geldschwemme maximiert und die Zinsen minimiert. Das heißt, ihr Konjunktur-Stimulus kann nicht mehr so wirken wie noch vor wenigen Jahren. Daraus folgt: Die von Mayer befürchtete nächste Rezession kann schneller kommen als allgemein befürchtet - und damit auch das Ende des Kreditgeldsystems. Richten Sie sich darauf schon jetzt ein: mit Gold, einem Eigenheim und Cash auf dem Konto, um bei passender Gelegenheit Aktien zu kaufen, nachdem ihre Kurse noch weiter gefallen sind.

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist Fachjournalist und Buchautor. Seine letzten Werke waren: "[Das Goldbuch](#)", das Wörterbuch "[Geld und Gold klipp und klar von A bis Z](#)", "[Die 382 dümmsten Sprüche der Banker](#)" und zuletzt das Ebook "[Von der Kunst, finanziell zu überleben](#)".

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/270765--Deutschland-2016--Der-wahre-Zustand.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).